

## Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

### **Endlich gerechten Schallschutz für die Flughafen-Betroffenen realisieren – das Land muss das Heft des Handelns in die Hand nehmen – Flughafengesellschaft von der Aufgabe Umsetzung Schallschutzprogramm entbinden**

Dass der Flughafenstandort Schönefeld nicht nur ein großer Fehler war, sondern geradezu diabolische Auswirkungen auf den Landeshaushalt, aber auch auf die Betroffenen hat, ist mittlerweile allen klar. Viele Verantwortliche geben zwar zu, dass der Standort falsch ist, und dass in der Vergangenheit vieles falsch gelaufen sei, meinen aber, dass man nichts tun könne – nach dem Motto „Augen zu und durch“. Im Hinblick auf den Standort selbst, die massiven Verzögerungen, die exorbitanten Mehrkosten, sollen die Verantwortlichen von SPD und Linkspartei und CDU in Berlin, Brandenburg und dem Bund sich gerne kümmern. Sie werden es vor den Bürgerinnen und Bürgern verantworten müssen.

Anders verhält es sich aber mit der Problematik des Schallschutzes. Hier geht es um das Leben und die Gesundheit von rund 40.000 direkt Betroffenen in mehr als 25.000 Haushalten rund um den Flughafen, die ein Anrecht auf Schallschutz haben. Die Landesverfassung stellt die Gesundheit der Bürger unter einen besonderen Schutz. Die Landesregierung sei insbesondere auf diesen Artikel nochmals hingewiesen. Seit dem Planfeststellungsbeschluss 2004, mit dem der Standort Schönefeld aus Sicht der Landesregierung und der regierenden Parteien zementiert ist, haben die Landesregierung und die Flughafengesellschaft und die Gesellschafter drei massive Niederlagen vor Gericht hinnehmen müssen, die den Schallschutz betreffen.

Zuerst hat das Bundesverwaltungsgericht das gesamte Schallschutzprogramm aus dem Planfeststellungsbeschluss, mit Urteil vom 16. März 2006, gekippt und kassiert. Daraufhin musste das Schallschutzprogramm im Rahmen eines Planergänzungsbeschlusses neu überarbeitet werden. In der Folge hat die Landesregierung diesen Planergänzungsbeschluss gemeinsam mit der Flughafengesellschaft selbst unterlaufen und missachtet.

Daraufhin gab es das zweite „Klatsche“-Urteil für die Landesregierung, nämlich den OVG-Beschluss von 15.06.2012 und das OVG-Urteil von 25.4.2013 zum Schallschutzniveau von 0 x 55 dbA. Auch aus diesem Urteil und dieser Niederlage hat die Landesregierung leider nichts gelernt und die Flughafengesellschaft weiter rumwursteln lassen. Dass das ganze Schallschutzprogramm ein einziger Betrug an den Bürgern ist, ist eigentlich allen Beteiligten und erst Recht allen Betroffenen klar. Selbst Abgeordnete von SPD und Linkspartei vertreten auf Bürgerveranstaltungen vor Ort

diese Meinung und versprechen, sich für die Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, ohne dass allerdings wirklich etwas passiert wäre. Die Flughafengesellschaft steht unter dem Schutz und Schirm der Landesregierung und der Rot-Roten Koalition im Landtag und kann weiter tun, was sie will.

Am 03. Mai 2016 hat nun die Flughafengesellschaft und damit auch die Landesregierung die dritte Riesen-Niederlage kassiert, nämlich das OVG-Urteil zum Schallschutzprogramm im Hinblick auf die Schalldämmlüfter mit dem sie gegen ihre jahrelange bisherige Praxis dazu verurteilt wurde, vor Einbau von Lüftern zwingend immer auch ein Be- und Entlüftungskonzept erarbeiten und umsetzen zu lassen.

### **Aus diesem Grunde möge der Landtag beschließen:**

1. Der Landtag Brandenburg stellt fest, dass die Flughafengesellschaft FBB GmbH offensichtlich weder Willens noch in der Lage ist, das Schallschutzprogramm entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und den Bedürfnissen der Menschen umzusetzen.
2. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, die notwendigen politischen Initiativen zu entfalten, den Planfeststellungsbeschluss zu ändern und gemeinsam mit den Gesellschaftern Berlin und Bund eine Regelung zu treffen, dass die Umsetzung des Schallschutzprogramms extern, außerhalb und unabhängig von der Flughafengesellschaft umgesetzt wird. Dazu ist ebenfalls der Planfeststellungsbeschluss zu ändern.
3. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, die notwendigen politischen Initiativen zu entfalten, den Planfeststellungsbeschluss zu ändern und in der Folge eine brandenburgische Landesbehörde mit der Umsetzung des Schallschutzprogramms zu beauftragen.

### **Begründung:**

Man sagt ja, aller guten Dinge sind drei. Hier sind aller schlechten Dinge drei. Es sollte jetzt mittlerweile endlich reichen und es sollte dem Letzten klar sein, dass die Flughafengesellschaft auch aus Interessenkonflikten heraus nicht Willens und in der Lage ist, das Schallschutzprogramm so umzusetzen, wie es das Gebot der Stunde und das Gebot des Gesetzes ist.

Aus diesem Grunde ist es unverzichtbar, der Flughafengesellschaft, die sich seit nunmehr zehn Jahren als unfähig erwiesen hat, Schallschutz zu organisieren und umzusetzen, diese Aufgabe aus der Hand zu nehmen. Die verantwortlichen Politiker der Landesregierung müssen endlich die Verantwortung wahrnehmen, die ihr auch aus der Landesverfassung heraus zukommt, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger das wichtigste Gut ist und entsprechend geschützt wird. Aus diesem Grunde bleibt kein anderer Weg, als der Flughafengesellschaft diese Aufgabe zu entziehen. Die seit langem immer wieder angeführten Behauptungen, dass dies nicht ginge, sind schlicht und einfach falsch. An anderen Flughäfen sind regelmäßig Behörden zuständig, die formale Bescheide erteilen, gegen die auch ein ordentliches Widerspruchsverfahren seitens der Bürger (im Gegensatz zum Verfahren über die FBB) gegeben ist.

Entsprechende Aufgabenzuweisungen resultieren aus dem Planfeststellungsbeschluss. Natürlich kann das Land den Planfeststellungsbeschluss ändern, natürlich muss das Land sich damit Berlin und dem Bund abstimmen. Es sollte aber auch im Interesse des Landes Berlin und des Bundes sein, dass endlich Frieden in die Region einzieht und das leidige Schallschutzthema endlich ordnungsgemäß abgearbeitet wird. Aus diesem Grunde bleibt eigentlich nur der einzige Ausweg, dass der Planfeststellungsbeschluss geändert wird und das Land Brandenburg oder eine dritte unabhängige Institution mit der Umsetzung des Schallschutzprogramms beauftragt wird.

Dies hat viele, noch andere interessante Aspekte, u. a. die Tatsache, dass das Budget für das Schallschutzprogramm nun nicht mehr den Flughafen belastet, sondern an einer anderen Stelle, einer gemeinsamen Gesellschaft von Berlin, Brandenburg und dem Bund etatisiert wird. Das entlastet die Flughafengesellschaft personell und thematisch von dieser Problematik enorm. Zugegebenermaßen, die ganzen Zugeständnisse an die Flughafengesellschaft in den vergangenen Jahren, den Schallschutz derartig mies auszustatten und umzusetzen, sind sicherlich auch unter dem Aspekt getroffen worden, dass die Gesellschafter sehen, dass dem Flughafen das Geld ausgeht und dass – je weniger Geld ausgegeben wird, desto besser ist es für die Flughafengesellschaft und auch die Gesellschafter. Durch die EU-Notifizierungsverfahren ist für die Zukunft auch der Weg versperrt, weitere Gelder in den Flughafen zu pumpen – insbesondere auch, was die zusätzlichen Kosten beim Schallschutzprogramm betrifft.

Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe